

Media

Eine Frage des Geldes

In Russlands Regionen
beherrschen Politik und
Wirtschaft die Medien

VON ULRIKE GRUSKA

In Moskau ist die Lage übersichtlich: Der Staat kontrolliert das Fernsehen, Zeitungskioske bieten einen Hauch von Vielfalt und als Beweis für die Pressefreiheit zitiert der Präsident den unabhängigen Radiosender Echo Moskwj. Informationen über die Medien fern von der Hauptstadt hingegen dringen nur sporadisch an die Öffentlichkeit: wenn mal wieder ein Korrespondent verprügelt oder einem Sender die Lizenz entzogen wurde.

Dass die Realität vielschichtiger ist, zeigt ein Bericht der Organisation „Reporter ohne Grenzen“. Sie hat ausgewählte Regionen im russischen Hinterland besucht, darunter die liberale Uralstadt Perm, das als kriminell verrufene Wladiwostok und Sotschi, wo Journalisten vor den Olympischen Spielen 2014 besonders unter Druck stehen.

„Gewalt gegen kritische Journalisten ist die Ausnahme“, sagt Moritz Gathmann, Koordinator der Studie. Das erstaunt in einem Land, in dem in den vergangenen neun Jahren mehr als 20 Journalisten getötet wurden und das auf Ranglisten zur Pressefreiheit stets auf den hinteren Plätzen landet. Gathmann erklärt das mit systematischer Zensur über wirtschaftliche Hebel.

Im Landesinneren sind es vor allem Gouverneure und Bürgermeister, denen Zeitungen und viele Radio- und TV-Sender gehören. Sie zahlen Gehälter, kaufen Computer und lassen Redaktionen mietfrei in staatseigenen Gebäuden arbeiten. Die Loyalität pro forma unabhängiger Medien sichern sie sich durch „Informationsverträge“: Die Verwaltung verschickt fertige Beiträge und zahlt für deren Veröffentlichung. Im Budget mancher Regionen sind dafür mehrere hunderttausend Euro pro Jahr eingeplant.

Einige Medien erzielen so die Hälfte ihres Umsatzes – und verlieren jedes Mitspracherecht. Fernseh-Chef Wadim Beljajew aus Sotschi etwa wurde entlassen, weil er Acht-Minuten-Stücke über den „geliebten Gouverneur“ auf Nachrichtenformat zurechtkürzte. Doch auch Redaktionen, die oppositionellen Geschäftsleuten gehören, arbeiten kaum freier. „Ein Medium ist dazu da, Einfluss auszuüben“, gibt ein Unternehmer aus Archangelsk zu. Da werden per Anzeige Redakteure gesucht, um missliebige Abgeordnete zu diffamieren. Auftragsjournalisten verfassen „Image-Reklame“. Nicht der Mangel an Pressefreiheit sei das Problem, klagen Journalistenverbände, sondern die Korruption vieler Kollegen.

Seit 2004 haben sich etwa 50 unabhängige Regionalzeitungen zur Verlagsallianz ANRI zusammengeschlossen. Sie bietet vor allem Weiterbildungen an, denn laut Verbandschefin Anna Koschman ist es die mangelnde Professionalität vieler Journalisten, die Repressionen erst möglich macht. Der Kreml erlaube eine unabhängige Presse in den Regionen, sagt Koschmann. Man muss sich diese Unabhängigkeit nur leisten können.